



Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.30 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerschweizerischen Verkehr monatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 30 bei der Oberamtspostkasse Reudertstraße 22, Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank Sbergs & Co., Wildbad; Borsheimer Gemeinbank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart. Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einseitige 45 mm breite Millimeterzeile 3 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellungangebote 3 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 15 Pf. — Rabatt nach vorgerichtetem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontosachen oder wegen gerichtlicher Vertretung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 36

Februars 479

Dienstag den 13. Februar 1934.

Februars 479

69. Jahrgang.

Volksgemeinschaft und Steuerpflicht

Von Staatssekretär Fritz Reinhardt.

NSR. Der nationalsozialistische Staat stellt die Form dar, in der sich das Leben der Volksgemeinschaft und aller ihrer Glieder vollzieht. Führung und Verwaltung des Staats sind da, um die Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten, deren es bedarf, wenn das Volk als solches und damit jeder einzelne Berufsstand und jeder einzelne Volksgenosse voll leben und gedeihen können. Der einzelne Volksgenosse zahlt Steuern um dem Staat die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zu geben.

Die Steuer moral war in den Jahren vor 1933 sehr bedenklich gesunken. Das war auf zweierlei zurückzuführen: erstens darauf, daß die direkte Steuerlast, die den einzelnen Volksgenossen traf, fortgesetzt erhöht wurde und keinerlei Aussicht auf steuerliche Erleichterung bestand, und zweitens darauf, daß der Staat seine Aufgaben nicht so erfüllte und mit ihm zugeflossenen Steuergeldern nicht immer so umging, wie es von den Steuerzahlern hätte erwartet werden können. Das hat sich seit der Übernahme der staatlichen Macht durch Adolf Hitler grundlegend geändert. Im Adolf-Hitler-Staat geschieht seitens der Führung und der Verwaltung alles nur Denkbare, um die Voraussetzungen zu verbessern, nach denen sich das Schicksal der Volksgemeinschaft und damit Wohl und Wehe jedes Einzelnen bestimmen. Die Zahlen, in denen sich die soziale, wirtschaftliche und finanzielle Lage unseres Volkes spiegelt, bewegen sich in aller Evidenz in günstiger Richtung.

Der Wandel im Verhältnis der Staatsführung zur Volksgemeinschaft und zu den einzelnen Volksgenossen hat auch bereits zu einem Wandel in der Steuer moral geführt. Das ist auf die immer größer werdende Erkenntnis zurückzuführen, daß im nationalsozialistischen Staat nicht eine Reichsart ausgegeben wird für Zwecke, die mit den Interessen der Allgemeinheit und mittelbar jedes einzelnen Volksgenossen nicht in Einklang zu bringen wären. Keuferische Sparjamkeit und eiserne Disziplin in der Verwendung der Steuergelder ist einer der wesentlichen Grundzüge nationalsozialistischer Staatsführung.

Im ersten Hitler-Jahr sind im Gegensatz zu den unmittelbar vorangegangenen Jahren keinerlei Steuererhöhungen erfolgt, wohl aber verschiedene erhebliche Steuererleichterungen für diejenigen Volksgenossen, die sich aktiv in den Kampf um die Verminde rung der Arbeitslosigkeit eingeschaltet haben (Steuerfreiheit für Erlassbeschaffungen, Steuerermäßigung für Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden, die einem gewerblichen Betrieb dienen, Steuerfreiheit für Aufwendungen zu Zwecken des zivilen Luftverkehrs usw.). Es ist auch bereits mit dem Abbau von Steuern begonnen worden: Beseitigung der Kraftfahrzeugsteuer für neue Kraftfahrzeuge, Halbierung der Umsatzsteuer der Landwirtschaft, Beseitigung der staatlichen Grundsteuer der Landwirtschaft, Beseitigung der Schaumweinsteuer und der Mineralwassersteuer. Die Auswirkungen sind außerordentlich günstig. Die Zahl der Arbeitslosen ist heute um 2,3 Millionen niedriger als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Das Rechnungsjahr 1933 wird das erste sein, in dem das Aufkommen an Steuern nicht mehr, wie in den vorangegangenen Jahren, um Hunderte von Millionen unter dem Voranschlag zurückbleiben, sondern diesen erreichen, wahrscheinlich sogar etwas übersteigen wird.

Der nationalsozialistische Staat hat in Wahrnehmung der Belange der Volksgemeinschaft und damit jedes Einzelnen auf verschiedenen Gebieten neue Aufgaben zu erfüllen. Und im Haushaltsjahr 1934 werden auf der Ausgaben seite zum erstenmal die Vorbereitungen in Erscheinung treten, die sich aus der Ausgabe der Steuergutscheine und aus den verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogrammen ergeben. Trotz dieser unabwendbaren Erhöhung der Ausgaben seite im Haushaltsjahr 1934 wird jede irgendwie geartete Steuererhöhung unterbleiben. Es wird im Gegenteil den Steuerpflichtigen immer wieder empfohlen werden, die Steuererleichterungen wahrzunehmen, die in den entsprechenden Gesetzen und Erlässen des Jahres 1933 im Rahmen des Kampfes um die Verminderung der Arbeitslosigkeit vorgesehen sind.

Die Steuerreform, die im Laufe des Jahres 1934 Gesetz werden wird, wird einkommensteuerlich erstmalig auf das Einkommen für 1934 Anwendung finden und eine Fortsetzung des Abbaus von Steuern in sich schließen. Durch diese Steuerreform wird eine allgemeine Entlastung von Produktion, Verbrauch und Besitz eingeleitet werden. Der Umfang und der Grad der Beseitigung der allgemeinen Entlastung von Produktion, Verbrauch und Besitz werden im wesentlichen durch zweierlei bestimmt werden: erstens durch die Pünktlichkeit aller Volksgenossen und aller Unternehmungen in der Erfüllung ihrer laufenden Steuerpflichtungen und durch die baldige

Tagespiegel.

Am Montag kam es in Linz an der Donau zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Polizei und dem sozialistisch-republikanischen Schutzbund. Durch Eingreifen des Militärs wurde das Parteihaus gestürmt und das Standrecht verhängt.

In Wien wurde infolge der Vorgänge in Linz ein Proteststreik der Arbeiterschaft ausgerufen, der die österreichische Hauptstadt in eine Art Kriegszustand versetzte. Auch über Wien ist das Standrecht verhängt.

Der Generalstreik in Frankreich ist am Montag nicht nur in Paris, sondern auch in zahlreichen Provinzstädten durchgeführt worden und ist bis zum Abend ruhig verlaufen.

In Prag erwartet man den Rücktritt der tschechischen Regierung infolge der Ankündigung des Staatspräsidenten auf Abwertung der Tschechen-Krone um ein Sechstel.

Im Fernen Osten kam es in Charbin zu einem Zwischenfall. Mandchurische Polizei marschierte vor russischen Dienstgebäuden auf. Der russische General Blücher hat in Moskau dieser Tage schwere Drohungen gegen Japan ausgesprochen.

Die Beseitigung etwa noch vorhandener Rückstände, und zweitens dadurch, daß alle Volksgenossen wieder steuerpflichtig werden und dem Staat nichts vorenthalten, was ihm auf Grund der bestehenden Gesetze zukommt.

Ein neuer Erlass, betreffend Flüssigmachung rückständiger Steuern für Zwecke der Arbeitsbeschaffung, wird weder jetzt noch später erfolgen. In dem Runderlaß vom 28. November 1933 hat es sich, wie von vornherein in aller Eindeutigkeit betont worden war, um eine einmalige Maßnahme und um die Möglichkeit einer Generalbereinigung der aus der Zeit vor dem 1. Januar 1933 rückständigen Steuern gehandelt. Steuern, die nunmehr aus der Zeit vor dem 1. Januar 1933 oder aus dem Jahr 1933 noch rückständig sind, werden, soweit nicht aus anerkannten Billigkeitsgründen Stundung erfolgt ist, beigetrieben werden.

In der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1934 sind die Steuererklärungen für die Besteuerung des im Steuerabschnitt 1933 bezogenen Einkommens abzugeben. Bei der Abgabe dieser Steuererklärung wird der einzelne Volksgenosse Gelegenheit haben, zu beweisen, wie es um seine Treue zum heiligen Staat bestellt ist, und ob sein Wunsch nach einer weiteren Besserung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Dinge unseres Volkes ernst gemeint ist.

Nur derjenige ist Nationalsozialist und nur derjenige steht zum heiligen Staat, der sich in allen Dingen nach dem Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ leiten läßt. Wer aus eigennütigen Beweggründen sein Einkommen oder Vermögen falsch angibt, schadet der Gesamtheit aller Volksgenossen und verfehlt somit seine Pflichten gegenüber der Volksgemeinschaft. Was der eine Volksgenosse durch falsche Angaben dem Staat und damit der Volksgemeinschaft vorenthält, fehlt dem Staat zu reiflicher Erfüllung seiner Aufgaben und muß unter Umständen durch andere Volksgenossen mehr aufgebracht werden. Der nationalsozialistische Staat wird deshalb jeden Steuer sündiger unnahe sichtlich und ohne Ansehen der Person uneingeschränkt zur Rechenschaft ziehen.

Es ist jedem Steuerpflichtigen dringend zu empfehlen, die bezeichneten Tatsachen bei der Ausfüllung seiner Einkommensteuererklärung, die bis zum 15. Februar 1934 abzugeben ist, streng zu beachten. Wer die Steuererklärung bereits abgegeben hat und nachträglich feststellt, daß seine Angaben teilweise oder ganz falsch sind, kann sich vor Strafe dadurch bewahren, daß er die abgegebene Steuererklärung berichtigt oder durch eine neue ersetzt. Das ist möglich, solange das Finanzamt die Veranlagung noch nicht abgeschlossen hat. Straffreiheit kann bei nachträglicher Berichtigung der Steuererklärung durch den Steuerpflichtigen in denjenigen Fällen nicht erlangt werden, in denen die Berichtigung durch unmittelbare Gefahr der Entdeckung veranlaßt ist. Ebenfalls kommen, sobald die Veranlagung abgeschlossen ist, unnahe sichtlich die entsprechenden Strafvorschriften zur Anwendung, wenn durch Nachschau, Buchprüfung oder sonstige falsche Angaben entdeckt werden.

Wer glaubt, mit falschen Angaben aus früherer Zeit belästigt zu sein, der kann sich noch bis zum 31. März 1934 der Strafe dadurch entziehen, daß er einen entsprechenden Betrag an freiwilliger Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zahlt. Am 31. März 1934 läuft die für die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit vorgesehene Frist ab. Nach Ablauf dieser Frist ist die

Strafe für begangene Steuer sünden in keinem Fall mehr abwendbar.

Unruhen in Oesterreich

Blutige Straßenkämpfe in Linz

Polizei stürmt das Linzer Sozialistenhaus

Linz a. D., 12. Febr. In den Morgenstunden des Montag ist es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen der Bundespolizei und dem sozialistisch-republikanischen Schutzbund gekommen. Bei der Linzer Polizei waren bereits im Laufe des Sonntags Meldungen eingelaufen, daß in das Parteihaus des Schutzbundes erhebliche Mengen von Munition und Waffen gebracht worden seien. Als die Polizei am Montag früh vom Schutzbund die Räumung des Hauses und die freiwillige Herausgabe sämtlicher Waffen verlangte, wurde vom Parteihaus aus mit scharfen Schüssen geantwortet. Die Polizeibeamten zogen sich zurück, zogen, nachdem Verstärkung einetroffen war, wiederum vor und veranlaßten erneut die Herausgabe der Waffen und die Räumung. Aus dem Parteihaus wurde abermals als Antwort auf die Polizei geantwortet. Die Polizei schritt nun zusammen mit militärischer Verstärkung zum Sturm auf das Parteihaus.

Eine spätere Meldung besagt:

Der Kampf der Polizei und des Militärs gegen die im Parteihaus verschanzten Sozialdemokraten nimmt jetzt ernstere Formen an. Von den Sozialdemokraten wurden Handgranaten auf die Polizei geworfen, worauf das Militär Maschinengewehre in Stellung brachte. Ferner hat die Polizei die Fenster der dem Parteihaus gegenüberliegenden Häuserreihen besetzt und von dort aus das Feuer auf das Parteihaus eröffnet. In der Umgebung von Linz ist es gleichfalls zu größeren sozialistischen Demonstrationen gekommen. Die Polizei sah sich gezwungen, militärische Hilfe anzufordern.

Linz a. D., 12. Febr. Der Kampf mit den sozialistischen Schutzbündlern nimmt immer größere Ausdehnung an. In verschiedenen Stadtteilen sind gegenwärtig heftige Straßenkämpfe im Gange. Eine Polizeiwache im Innern der Stadt wurde von den roten Schutzbündlern mit Maschinengewehren überfallen. Jedoch nach längerem Kampf von Heimwehr und Polizisten wieder zurückgenommen. Ferner soll seit den Mittagsstunden ein Feuergefecht auf dem oberhalb der Stadt gelegenen Freien Berge im Gange sein, wo sich die Sozialdemokraten im Laufe des Nachts verschanzt hatten.

Über Linz ist das Standrecht verhängt worden. Läden und Restaurants sind geschlossen. Aus der Umgebung soll ein starker Zufluß von roten Elementen im Gange sein.

Vor dem sozialistischen Parteihaus sind zwei Alpenjägerkompanien mit Maschinengewehren eingesetzt worden, die aus Dachböden und Läden heraus das Haus beschießen und den verschanzten Sozialdemokraten mit Handgranaten zu Leibe rufen. Im Parteihaus werden vier Polizeibeamte von den Sozialdemokraten als Geiseln gefangen gehalten.

Generalstreik in Wien

Wien, 12. Febr. Ein allgemeiner Proteststreik der Wiener Arbeiterschaft ist Montag mittag hier ausgebrochen. In den Betrieben erschienen kurz vor 12 Uhr die sozialdemokratischen Betriebsräte und teilten den Arbeitgebern mit, daß die Arbeiterschaft einer allgemeinen Streikparole folgend, die Arbeit Punkt 12 Uhr mittags niederlegen werde. Der gesamte Wiener Straßenbahnverkehr ist damit Punkt 12 Uhr zum Stillstand gekommen. Die Elektrizitäts- und Gaswerke sind gleichfalls in den Proteststreik eingetreten.

Punkt 12 Uhr setzte gleichfalls der elektrische Strom in der ganzen Stadt aus. Die Polizeidirektion hat eigene Stromschichten für den telegraphischen und telephonischen Postdienst in Kraft gesetzt. Man nimmt an, daß es sich um einen Proteststreik der Arbeiterschaft wegen der Voranschläge in Linz handelt. In dem lokalen Telefonverkehr sind gleichfalls Störungen infolge der Ausschaltung des elektrischen Stromes eingetreten.

Standrecht über Linz und Wien

Wien, 12. Febr. Um 13 Uhr meldet die amtliche Nachrichtenstelle: Wie schon vor einigen Tagen verlautet wurde, haben der aufgelöste republikanische Schutzbund, bzw. Angehörige der sozialdemokratischen Partei und dieser nachstehende Organisationen eine gewaltsame Aktion vorbereitet. Im Zuge der durchgeführten Untersuchung unternahm die Bundespolizeidirektion Linz im Hotel „Schiff“, dem sozialdemokratischen Parteibüro, eine Hausdurchsuchung. Im Hause befanden sich größere Kontingente des ehemaligen republikanischen Schutzbundes, die sofort der Polizei bewaffneten Widerstand entgegensetzten. Unter Heranziehung von Seeresabteilungen wurde das Gebäude im Komplex genommen, wobei ein Bundeswachmeister tot, mehrere Wachtmeister und Wehrmänner verletzt wurden. Die im Gebäude befindlichen Gewalttäter wurden abgeführt und den Gerichten übergeben. Auch an mehreren anderen Stellen in Linz gingen Schutzbundabteilungen mit bewaffneter Gewalt vor. Über Linz wurde das Standrecht verhängt. Die Niederschlagung dieser Gewalttaten gegen amtliche Organe, so heißt es in der amtlichen Meldung weiter, ist im Gange.

In Wien haben Teile der sozialdemokratisch organisierten Ar-



beiter der städtischen Elektrizitätswerke die Arbeit niederklegt. Deshalb wurde auch in Wien das Standrecht verhängt. Die Bundesregierung hat unter Vereinstellung des gesamten Reichsparlaments alle Maßnahmen getroffen, um diese planmäßigen verbrecherischen Anschläge bolschewistischer Elemente im Keime zu erstickten.

Die gesamte Arbeiterschaft wird aufgefordert, so heißt es in der amtlichen Mitteilung weiter, ihre Arbeit unbeeinträchtigt von verbrecherischen Hebern fortzusetzen. Jeder Widerstand gegen die Staatsgewalt, jede Sabotage oder Gewalt wird mit den schärfsten Mitteln geahndet werden. Volk von Oesterreich! Bauern, Bürger und Arbeiter! Vertraut auf die Regierung und stellt Euch hinter sie, damit wieder rascheste Ordnung und Friede hergestellt werden können.

Die österreichische Sozialdemokratie droht mit Waffengewalt

Wien, 12. Febr. Die sozialdemokratische Partei hat in der Nacht zum Montag einen Aufruf an das österreichische Volk erlassen, der durch Flugzettel in ganz Oesterreich verbreitet worden ist. In diesem Aufruf heißt es, Vizelkanzler Fein redet von einer Verschönerung des republikanischen Schutzbundes gegen die Sicherheit des Staates, um sich damit den Vorwand für einen entscheidenden Schlag gegen das Wiener Rathaus und gegen die sozialdemokratische Partei zu schaffen. Herr Fein der die Arbeiterschaft bis auf das Blut reize, wage es, von einem verbrecherischen Anschlag bolschewistisch-marxistischer Elemente gegen die Bevölkerung zu reden. Die Wahrheit sei, daß die Sozialdemokratie niemanden, weder Bürgern noch Bauern, anreize. Sie halte sich aber zum Kampfe mit der Waffe für den Fall bereit, falls Reichstagen es wagen sollten, die beschworene Verfassung der Republik vernichten zu wollen. Wenn der Eid und die Verfassung gebrochen würden und die Freiheit in Gefahr geriete, dann werde die Arbeiterschaft zu den Waffen greifen.

Das erste Todesopfer in Wien

Wien, 12. Febr. Infolge des Generalstreiks sind in der Stadt Unruhen ausgebrochen, die bereits ein Todesopfer gefordert haben. Der Polizeiinspektor, der einem bewaffneten Demonstrationzug entgegen trat, wurde von einem Demonstranten mit dem Karabiner erschossen.

Sozialdemokratische Zentralkstellen von der Polizei befehlt

Wien, 12. Febr. In der Mitteilung des Sicherheitsdirektors über die Verhängung des Standrechtes in Wien wird angeordnet, daß alle Hauszirkeln um 20 Uhr geschlossen werden müssen. Die öffentlichen Gast- und Schankstätten müssen um 20 Uhr von den Gästen geräumt sein. Am Nachmittag wurde die sozialdemokratische Parteizentrale im 6. Gemeindebezirk, in der sich auch die Schriftleitung der „Arbeiterzeitung“ befindet, von starken Polizeibeamten mit aufgepflanztem Bajonett besetzt. Auch das Bezirksarbeiterheim und das Verbandshaus der Krankenkassen haben polizeiliche Besatzung erhalten. Alle öffentlichen Gebäude in Wien sind von dichten Polizeiketten umstellt. Der Verkehr der Fußgänger wird umgelenkt. Im 10. und 11. Bezirk kam es mittags zwischen Mitgliedern des sozialdemokratischen Schutzbundes und der Polizei zu Zusammenstößen.

Besetzung sozialdemokratischer Gebäude in Innsbruck

Innsbruck, 12. Febr. Polizei und Heimatwehr haben am Montag zwischen 15 und 16 Uhr sämtliche sozialdemokratischen Gebäude in Innsbruck besetzt, u. a. das Parteihaus „Hotel Sonne“, das Gewerkschaftshaus, die Arbeiterkammer und das Gebäude der sozialdemokratischen Volkzeitung. Die Besetzung vollzog sich überall in Ruhe. Der Hauptbahnhof und andere öffentliche Gebäude wurden gleichfalls mit starken Heimatwehrabteilungen besetzt. Vor dem Parteihaus bildete sich eine Ansammlung von Sozialdemokraten, die die Internationale sangen. Die Polizei räumte den Platz; sie mußte mit dem Gummiknüppel gegen die Demonstranten vorgehen. Ueberfallkommandos, mit Polizei und Heimwehrleuten besetzt, durchfahren die Straßen.

Außerordentlicher Ministerrat in Wien

Verbot der sozialdemokratischen Partei? — Die Lage am Abend

Wien, 12. Febr. Im Kriegsministerium trat am Montag ein außerordentlicher Ministerrat unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers zusammen, von dem man entscheidende Beschlüsse er-

wartet. Die Regierung soll eine großangelegte Aktion gegen das Wiener Rathaus, die Hochburg und das Symbol des österreichischen Sozialismus vorbereiten. Man erwartet allgemein, daß die Regierung jetzt zum Verbot oder zur Auflösung der sozialdemokratischen Partei schreitet, das Wiener Rathaus besetzt und damit die Zentralkstelle der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich aufheben wird.

Die Stadt bietet einen durchaus kriegerischen Eindruck. Die großen Strassenzüge sind mit spanischen Reitern versperrt. Ueberall patrouilliert Militär und Polizei mit aufgepflanztem Seitengewehr. Zeitungen sind am Montag abend nicht mehr erschienen. Aus der Provinz treffen keinerlei Meldungen ein, da der lokale Telefonverkehr vollständig gesperrt ist. Am Polizeipräsidium wurden Maschinengewehre in Stellung gebracht.

Die Wache des seit mittag besetzten sozialdemokratischen Parteibaues, das gleichzeitig Sitz des republikanischen Schutzbundsekretariats ist, wurde am Nachmittag weiter verstärkt und gleichzeitig mit Maschinengewehren ausgerüstet. Dagegen sind die Arbeiterheime in den verschiedenen Bezirken bisher nicht besetzt worden. Die Arbeiter haben sich in den Heimen verbarrikadiert. Wie verlautet, sind Betriebsräte großer Industriewerke verhaftet worden. Nach einigen sozialdemokratischen Nationalräten wird gesucht.

Die Stromversorgung durch die Ueberlandleitung ist in einzelnen Stadtteilen wieder in Gang gesetzt worden. Dagegen ruht der lokale Telefonverkehr vollständig, jedoch gegenwärtig nur Anrufe vom Auslande der möglich sind. Der Strassenbahnverkehr ruht vollständig. In den Nachmittagsstunden ist auch der städtische Autobusverkehr eingestellt worden.

Ultimatum an den Wiener Bürgermeister

Wien, 12. Febr. Die Regierung beabsichtigt, dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Wien, Seih, ein Ultimatum zu stellen, entweder freiwillig zurückzutreten und die Nacht sofort der Regierung zu übergeben, andernfalls er der Gewalt weichen müsse. Weiter soll nach der Besetzung des Rathbaues ein Regierungskommissar für Wien ernannt werden.

Außerst strenge Absperrungsmaßnahmen sind in der ganzen Stadt mit einem riesigen Aufgebot von Polizei und Militär, Maschinengewehren und Drahtverbänden durchgeführt worden. Die Stadt macht einen ausgeföhrenen Eindruck. In der Stadt herrscht vollständige Ruhe, jedoch ist es in den einzelnen äußeren Arbeiterbezirken zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitern gekommen. Die Polizeifaktion in den äußeren Stadtvierteln ist bisher noch nicht zum Abbruch gelangt.

Das Wiener Rathaus kampfslos besetzt

Wien, 12. Febr. Das Wiener Rathaus ist in den Abendstunden von einem größeren Aufgebot von Truppen, Polizei und Gendarmerie besetzt worden, ohne daß von sozialdemokratischer Seite ein ernsthafter Widerstand geleistet wurde. Hierbei ist eine Reihe von sozialdemokratischen Beamten, die nach einer amtlichen Erklärung in offenkundigem Zusammenhang mit den gegenwärtigen Gewalttätigkeiten standen, verhaftet worden. Ebenso ist der Bischöfermeister der Stadt Wien, Emmerling, der Leiter der gesamten städtischen Betriebe, in den Abendstunden verhaftet worden.

Die Kämpfe in Linz — Artillerie eingesetzt

Wien, 12. Febr. Der Sicherheitsdirektor von Oesterreich erläßt eine amtliche Mitteilung, nach der bei dem Sturm auf das Parteihaus in Linz 40 Personen gefangen genommen wurden und Maschinengewehre, sowie Sprengkörper beschlagnahmt wurden. Die sozialdemokratische Besetzung des Parkbades erasch auf die Drohung der Einschickung von Artillerie hin. Aufständischer Widerstand an verschiedenen Stellen wurde mit Gewalt gebrochen. Gegen eine Schule, die zurzeit noch von Sozialdemokraten besetzt ist, ist eine größere Aktion im Gange. Bei der Artillerie eingesetzt worden ist. Um 18 Uhr ist die Ruhe in Linz im Großen hergestellt worden. An einzelnen Punkten sind jedoch Zusammenrottungen noch im Gange. Trotz der starken Ausbreitung der Bewegung ist das Militär und die Polizei nach wie vor Herr der Lage und konnte bisher den Widerstand brechen. Eine weitere amtliche Mitteilung aus Linz besagt, daß der Wi-

berstand der Sozialdemokraten jetzt im Großen als zusammengebrochen angesehen werden könne.

In Steier ist es gleichfalls zu heftigen Zusammenstößen zwischen Schutzbündlern und Polizei gekommen. Die herangezogene militärische Verstärkung ist im Bezirk, die Ruhe wieder herzustellen. Weitere Gewalttätigkeiten sozialdemokratischer Parteigänger werden aus Brud a. d. Mur und Eggendorf gemeldet. Auch hier wurde Militär eingesetzt. In den übrigen Bundesländern herrscht Ruhe. Die Regierung erklärt, daß der Bahn- und Telefonverkehr normal funktioniert und daß die Regierung im gesamten Bundesgebiet Herr der Lage sei und fest entschlossen ist, alle verbrecherischen Anschläge auf die Ruhe und Ordnung mit den schärfsten Mitteln zu nichte zu machen.

Standrecht auch über Niederösterreich

Wien, 12. Febr. Auch über Niederösterreich ist nunmehr das Standrecht verhängt worden.

15 Tote in Linz?

Wien, 12. Febr. Nach noch nicht bestätigten Meldungen aus Linz hat das Militär nach heftigem Kampf das sozialdemokratische Parteihaus, das Hotel „Schiff“ im Sturm genommen. Angeblich sollen bisher 15 Tote festgestellt worden sein.

Montagabend stärkere Schiebereien in Wien

Wien, 12. Febr. In den Montagabendstunden haben die Unruhen in den Wiener Arbeiterbezirken wieder erheblich zugenommen. Stärkere Schiebereien sollen in den Bezirken Ottakring, Semmering und in Dornbach zur Stunde im Gange sein. Die bisherigen Polizeiangaben von 2 Toten und 18 verletzten Polizisten werden bereits als überholt bezeichnet. Polizei und Truppen sollen bisher nicht stark genug sein, um dem ständlich zunehmenden Widerstand gewachsen zu sein. Erhebliche Truppenverstärkungen sind in die Vororte entsandt worden.

Unruhen in Graz und anderen Städten

Wien, 12. Febr. Nach Berichten aus Graz liegt auch dort die Hauptstadt im Dunkel. In einem Arbeiterviertel haben Schutzbündler eine Wachtube erklärt und sich dort verbarrikadiert. Sie werden gegenwärtig von Polizei und Militär belagert. Bei den Kämpfen in Eggendorf sind nach den bisher vorliegenden Berichten 3 Personen getötet und 14 schwer verletzt worden. Auf der Kampf in Brud a. d. Mur gestaltete sich sehr blutig und dauert noch an. Meldungen über Einzelheiten fehlen, da der Fernsprechverkehr unterbrochen ist. Auch aus Leoben und dem ganzen obersteirischen Industriegebiet werden Zusammenstöße gemeldet.

Der Generalstreik in Frankreich

Paris von der Außenwelt abgeschnitten — Streik auch in der Provinz

Paris, 12. Febr. Durch den Generalstreik ist Paris gewissermaßen von der Außenwelt abgeschnitten. Das Fernnetz stellt keine Verbindungen her. Die Telegramm-Annahme ist gestoppt. Militär mit aufgepflanztem Seitengewehr bewacht die Postämter. Innerhalb von Paris ist der Telefonverkehr nur zum Teil in Betrieb.

Der Verkehr der Autobusse und der Untergrundbahnen wird nur in beschränktem Umfang durchgeführt. Dank der technischen Nothilfe ist die Versorgung der Stadt mit Gas, Wasser und Elektrizität einzuweisen gesichert. Der Eisenbahnverkehr wieder sich normal ab. Es gab am Vormittag nur eine kurze Protestpause bei den Bahnen. Vor den großen Arbeitsstätten stehen überall Streikposten; sie werden jedoch durch Polizeistreifen scharf überwacht. Die Ladengeschäfte waren am Vormittag zum größten Teil geschlossen.

Die Generalstreikparole ist in der französischen Provinz zu etwa 80 v. H. befolgt worden. Für den Nachmittag werden auch in der Provinz überall Kundgebungen erwartet. In dem Pariser Vorort Chaville ist in der vergangenen Nacht bei Zusammenstößen mit der Polizei ein Mann auf den Barrakaden gefallen.

Von leichteren Zusammenstößen in Pariser Vororten abgesehen, wo polizeiliche Verstärkungen eingreifen mußten, ist, soweit bekannt, der Streik bisher ruhig verlaufen.

Kampf um Rosenberg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hollstein.

„Tatsache ist aber, daß der betreffende Beamte sich um diese Sachen nicht gekümmert hat. Man hat ferner die Ueberreste eines verbrannten Menschen gefunden. Ein Kunde! sagt Ihr Beamter. Ein Kunde, der drin übernachtet hat. Damit ist es abgetan. Ich meine, das läßt sich leicht machen. Ich kann mir nicht helfen, aber ich glaube, Sie haben in diesem Beamten doch nicht den klarsien Kopf Ihres Präsidiums gefandt.“

Der Polizeipräsident überlegte eine Weile, dann klingelte er.

„Die Alten Rosenberg!“ befahl er, und nach wenigen Minuten hielt er sie in den Händen, blätterte darin und wies dem Obersten dann zwei Briefe.

„Wollen Sie einmal lesen, Herr Oberst? Zwei anonyme Briefe, die zu denken geben.“

Oberst von Kaden las:

„Die hochwohlwollende Polizei mag bedenken, daß der falsche Ehrgeiz manchen Menschen auf eine schiefe Bahn lockt. Man soll nicht daran denken, daß Herr von Kamerling auf Rosenberg einen Millionär als Vater hat. Er hat auf einer Weltreise über 200 Milie verschwendet, sein Vater wollte ihn unter Kuratel stellen, hat ihn dann aber nach Rosenberg abgeschoben. Dort hat Wilfried von Kamerling den Ehrgeiz gehabt, aus dem Gut alles herauszuwirtschaften, um neue Mittel für sein verschwenderisches Leben zu gewinnen, als ihm das nicht gelang, was blieb ihm anders übrig? Er hat sich das Geld stehlen lassen und zündete Rosenberg an. Die wohlwollende Polizei mag alles genau untersuchen. Es wird sich alles so bestätigen.“

Der Oberst sagte kalt: „Woher kam der Brief?“

„Aus Berlin! Gibt das nicht zu denken?“

„Wie man's nimmt, Herr Präsident! Feinde hat jeder

Mensch.“ Dann las er den zweiten Brief, der mit groben, ungelentken Zügen geschrieben war.

Er lautete: „Ein Zuchthäusler ist der Vertraute von dem Rosenberg. Schaffranz hat alles angezündet und wahrscheinlich ist sein laubere Herr damit einverstanden gewesen.“

„Kommt aus Breslau.“

„Die beiden Briefe besagen doch eigentlich nichts, Herr Präsident. Sie bringen lediglich Anschuldigungen, ohne neues Tatsachenmaterial zu sein.“

„Gewiß, Herr Oberst, aber . . . es hilft nichts, ich komme um die Verhaftung . . . zumindest dieses Schaffranz nicht herum.“

„Das überlegen Sie sich genau, Doktor Sibelius. Lassen Sie Ihre Beamten doch einmal gründlich der anderen Spur folgen.“

„Gewiß, das auch! Natürlich ist ein Raueakt nicht von der Hand zu weisen. Auf alle Fälle danke ich Ihnen für die Aufklärung, Herr Oberst.“

Kommerzienrat Kamerling wurde in früher Morgenstunden von Rosenberg aus angerufen.

Hellmer Gothe war am Apparat.

„Herr Kommerzienrat!“ hörte er die erregte Stimme.

„Kommen Sie um alles in der Welt sofort nach Rosenberg!“

„Was ist geschehen?“ fragte Kamerling betroffen.

„Sie haben von dem Brand gelesen! Ja! Denken Sie, es besteht die Gefahr, daß man die Person Wilfrieds mit der Brandstiftungsangelegenheit verquält.“

„Das ist ja heller Wahnsinn!“ brauste Ernst von Kamerling auf. „Wer kommt auf diese verrückte Idee . . . mein Sohn . . . ein Brandstifter!“

„Wir wissen es alle, daß es Wahnsinn ist! Aber es ist nicht nur das! Ein anderes Unglück ist geschehen . . . Wilis Braut . . . Katja von Waszewski ist niedergeschossen worden und liegt hoffnungslos darnieder. Kommen Sie, Herr Kommerzienrat, Wilfrieds ist gänzlich gebrochen. Ihre Anwesenheit ist dringend nötig.“

Kamerling's Aufregung war so stark, daß er sich halten mußte, so wollte er.

Unfassbar erschien ihm alles.

„Ich komme sofort! Ich . . . ich fahre mit dem Wagen in zehn Minuten los.“

Einen Augenblick stand er ganz still, als er den Hörer abgelegt hatte und sammelte die Gedanken.

Dann hatte er sich wieder in der Gewalt und rief das Polizeipräsidium an.

Er war mit Polizeirat Wulff gut bekannt und bat ihn um Unterstützung.

Wulff sagte erfreut: „Das trifft sich großartig. Breslau hat uns heute gebeten, einen ganz besonders tüchtigen Mann nach Rosenberg zu senden. Inspektor Selle ist bestellt worden, er will in einer Stunde reisen.“

„Inspektor Selle . . . den kenne ich doch! kann er nicht gleich mit mir fahren? Ich schicke meinen Wagen hin und lasse ihn holen.“

„Selbstverständlich, Herr Kommerzienrat! Schicken Sie den Wagen, es wird Herrn Selle angenehm sein! Ich unterrichte ihn.“

Um die Mittagszeit des gleichen Tages, da Gothe febernd auf den Kommerzienrat wartete, kam plötzlich der Befreite Kilian aus der Försterei.

Man sah ihm eine gewisse freudige Erregung an.

Er verlangte Gothe zu sprechen und wurde sofort zu ihm geführt.

„Was bringen Sie, lieber Kilian?“

„Eine . . . gute Nachricht, Herr Gothe!“

Gespannt sah ihn der Frager an.

„Und . . .?“

„Wir sind bis zum Ende des Ganges vorgedrungen. Das Geheimnis des Forsthauses ist gelöst. Wir haben einen ungeheuren Schatz gefunden.“

„Aber was denn, so reden Sie doch, Kilian.“

„Kohle, Herr Gothe!“

(Fortsetzung folgt).

Generalsekretär Zouhauz erwartet eine Ausdehnung des Streikes. Der Autobusverkehr in Paris und in den Vororten ist am Nachmittage eingestellt. Massenhandgebungen in Marseille und Bordeaux sind ruhig verlaufen. In der Marceller Schwefelraffinerie ist ein Großfeuer ausgebrochen, das wegen Wassermangel schwer zu bekämpfen ist. Der Schaden beläuft sich auf 3 Millionen Francs. Seine Entstehung dürfte auf einen Bombenanschlag zurückzuführen sein.

Zur Justizvereinheitlichung

Erklärungen des Reichsjustizministers

Dresden, 12. Febr. Im Staatsministerium in Dresden fand auf Einladung des Reichsjustizministers Dr. Görtner eine Zusammenkunft statt, an der außer dem Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Schlegelberger, die Chefs und Vertreter der 16 Landesjustizverwaltungen teilnahmen. Dr. Görtner erläuterte die Maßnahmen, die aus Anlaß des Uebergangs der Justizhoheit auf das Reich zu treffen seien. Zunächst habe die Reichsregierung ein erstes Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich verabschiedet. Dies bestimmt, daß alle Gerichte hinfort „im Namen des deutschen Volkes Recht sprechen“. Ferner übertrage es das Niedererschlagungsrecht in Strafsachen, das bisher den Ländern zugefallen habe, auf den Reichspräsidenten und setze die Gültigkeit der notariellen Urkunden im ganzen Reichsgebiet fest. Weiterhin führte der Reichsjustizminister aus, daß er sofort die Vereinheitlichung der Justizeinrichtungen in Angriff nehmen werde. Voraussetzung für eine solche sei nicht nur eine Vereinheitlichung der Justizeinrichtungen (z. B. des Personalwesens, des Haushaltswesens), sondern auch der überaus zahlreichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Justizverwaltung und der Rechtspflege selbst. Er erinnerte an die freiwillige Gerichtsbarkeit, das Grundbuch und Kostenwesen usw. Die Mitwirkung der Länder hierbei sei durch eine zweckmäßige Zusammenfassung der auf die Sammlung und Sichtung des Materials gerichteten Arbeiten sichergestellt worden. Dr. Görtner ging ausführlich auf die Probleme ein, die hierbei zu lösen seien. — Namens der preussischen Landesjustizverwaltung wies Staatsminister Kerpel darauf hin, daß die Zusammenfassung des deutschen Volkes in ein einheitliches Reich von jeher eines der wichtigsten Ziele des Nationalsozialismus gewesen sei. Nach einem Worte des Führers gäbe es nichts größeres, was im Augenblick zu leisten sei als hieran zu arbeiten. Für die Justizverwaltungen sei dies eine Arbeit, die vereinst von der Geschichte gewürdigt werden würde.

Reichsverband deutscher Offiziere beim Reichspräsidenten

Bekanntnis zum heutigen Staat

Berlin, 12. Febr. Nachdem Deutscher Offiziersbund (DOB.) und Nationalverband deutscher Offiziere (NDO.) sich zu einem Verband, dem Reichsverband deutscher Offiziere (RDO.) zusammengeschlossen und die übrigen kleineren Offiziersverbände sich in diesen eingegliedert haben, empfing Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg die Führer des neuen Verbandes, Generalmajor a. D. Graf von der Goltz, dessen beide Stellvertreter, General der Infanterie a. D. von Tschischow und Oberst a. D. Reinhard, sowie den Stabsführer, Major a. D. von Wiese und Kaiserwälder zur Meldung. Graf von der Goltz gab dem Reichspräsidenten als dem Schirmherrn des neuen Reichsverbandes deutscher Offiziere die Erklärung ab, daß der neue Verband unter Ausschluß aller anderen politischen Bestrebungen sich rücksichtslos und vertrauensvoll zum heutigen Staate bekennen und zur bedingungslosen Mitarbeit zur Verfügung stehe. Reichspräsident von Hindenburg nahm mit Befriedigung von dieser Erklärung Kenntnis und gab dem Wunsch Ausdruck, daß sich in dem neuen, nunmehr alleinigen Offiziersverband alle alten Offiziere kameradschaftlich zusammenfinden möchten.

Eingliederung der Reichskulturkammer in die Deutsche Arbeitsfront

Berlin, 12. Febr. Zwischen dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, und dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Loh, wurden, im Rahmen der Reichskulturkammergesetzgebung folgende Vereinbarungen getroffen:

Die Reichskulturkammer ist korporatives Mitglied der Deutschen Arbeitsfront. Alle in der Reichskulturkammer, ihren einzelnen Kammern und diesen angeschlossenen Organisationen und Fachverbänden zusammengeschlossenen schaffenden Deutschen dürfen in Zukunft nicht mehr Mitglied eines der Deutschen Arbeitsfront zugehörigen Angestellten- oder ähnlichen Verbände sein. Sie haben durch die Mitgliedschaft in ihren der Reichskulturkammer zugehörigen Verbänden ihre Pflicht dem ständischen Aufbau des deutschen Volkes gegenüber erfüllt und brauchen deshalb auch nur Mitgliedsbeiträge an diese Organisationen abzuführen.

Hunger und Elend bei den Sudetendeutschen

Das Sudetendeutschum hat nicht nur einen harten Kampf um die Erhaltung seines Volkstums auszufechten, es wird von der schwersten körperlichen Not in großen Teilen heimgejagt. Von rund 900 000 arbeitslosen sudetendeutschen Volksgenossen erhalten nur etwa 320 000 eine Arbeitslosenunterstützung. Von der Not wird naturgemäß die Jugend am schwersten betroffen. Infolge Unterernährung, Mangel an Kleidern, Schuhen und Heizmaterial greifen die ansteckenden Kinderkrankheiten rasch um sich. Viele Familien von fünf und mehr Kindern haben nur einen einzigen kleinen Raum, der weder geheizt noch beleuchtet werden kann. Die starken Schneefälle haben in den letzten Wochen die Arbeitslosigkeit noch weiter gesteigert. Viele Kinder haben nicht mehr die Möglichkeit, in der strengen Kälte die Schule zu besuchen. Der tschechische Staat versucht nun das Elend dieser Grenzbevölkerung auszunutzen, indem er den Kindern der tschechischen Minderheitenschulen und Kindergärten täglich eine Suppe verabreicht und sie mit Kleidern versorgt. Von der Not getrieben entschließen sich viele Eltern, ihr Kind der tschechischen Schule zuzuwenden, so daß in manchen Ortschaften der tschechische Kindergarten fast nur von deutschen Kindern besucht wird. Es wird berichtet, daß die Kinder der deutschen Schulen oft nicht mal ein Stückchen Brot haben, um sich an diesem Latessen zu können. Mit zerrissenen Kleidern und mangelhaften Schuhen müssen sie oft einen stundenlangen Weg zurücklegen. Der Landesauswahlschuh „Brüder in Not“, Haus des Deutschtums, Stuttgart, ruft die gesamte Bevölkerung dazu auf dem gefährdeten Sudetendeutschum in der kritischen Zeit beizustehen. Die angeschlossenen Verbände werden auch diesmal die Hilfsaktion tatkräftig unterstützen, um zu verhindern, daß wertvolles deutsches Volkstum im Grenzgebiet untergeht. Spenden werden erbeten auf das Konto 10 500 bei der Stadt, Girokassa Stuttgart oder auf der Geschäftsstelle Haus des

Deutschtums. Die Beiträge werden auf sicherem Wege in die Notstandsgebiete geleitet.

Bulgariens ablehnende Haltung zum Balkan-Pakt

Sofia, 12. Febr. Der Text des in Athen unterzeichneten Balkanpactes hat in der bulgarischen Öffentlichkeit eine allgemein ablehnende Aufnahme gefunden. In den Bestimmungen, wonach sich die vier vertragsschließenden Staaten gegenseitig die Sicherheit ihrer Grenzen garantieren und sich verpflichten, daß keine von ihnen ohne Zustimmung der übrigen Vertragspartner eine politische Verpflichtung gegenüber einem anderen Balkanstaate übernimmt, der den Balkanpakt nicht unterzeichnet hat, sieht man eine deutliche Spitze gegen Bulgarien. Besonders hart beschäftigt man sich mit dem Artikel 2 des Pactes, dessen Inhalt bisher nicht bekannt war, wobei die Auffassung vorherrscht, daß seine Formulierung von Rumänien und Griechenland durchgedrückt worden sei und offen die Angst dieser beiden Staaten vor einer bulgarisch-südslawischen Annäherung verrate. Anverhüllt wird Südslawien zu verstehen gegeben, daß diese Abmachungen nicht gerade geeignet seien, das angespannte Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Staaten zu fördern. Die nationalistiche Presse richtete heftige Angriffe gegen die Regierung Mischkoff, die trotz der verschiedenen Staatsbesuche das Zustandekommen des Pactes nicht habe verhindern können und das Prestige Bulgariens schwer gefährdet habe.

Ruhestörungen im irischen Freistaat

Dublin, 12. Febr. In Dragheda (Grafschaft Louth) kam es am Sonntag zu schweren Ruhestörungen. Angehörige der Vereinigten Irlandpartei (Blauhenden) bildeten einen geschlossenen Zug, um sich nach dem Bahnhof zu begeben, und von dort nach Dundalk zu fahren, wo der vormalige Präsident Cosgrave eine Rede halten sollte. Große Menschenmassen drängten plötzlich aus den Seitenstraßen vor und es kam zu einem Handgemenge. Die Polizei unternahm eine Anzahl Knüttelgriffe. Soldaten, die zu Hilfe gerufen wurden, feuerten blinde Schüsse ab und gebrauchten Tränengasbomben. Ungefähr 20 Personen wurden verletzt. In Dundalk wurde am Sonntagabend eine Bombe in ein Wohnhaus geschleudert.

Fastnacht im Reich

Karneval in Köln

Köln, 12. Febr. Schon am Samstagabend, als ein „Geisterzug“ zum Rathaus die Karnezeit eröffnete und Kölns Oberbürgermeister Dr. Niesen dem Prinzen Karneval für das Jahr 1934, Rechtsanwalt Eugen Bode, die Geschichte der Stadt der Ueberlieferung gemäß bis zum Aschermittwoch übertrug, setzte das fröhliche Karnevalstreiben in Köln ein. Am Sonntag pilgerte aus den Kölner Vororten alles zur Innenstadt, um hier den wirklichen Volkskarneval miterleben zu können. Am Rosenmontag fand ein Niesenumzug statt.

Die große Karnevalparade in Düsseldorf

Düsseldorf, 12. Febr. Die „Drei tollen Tage“ begannen am Samstagabend mit einem verheißungsvollen Auftakt. In den Straßen sah man überall kostümierte und mastierte Trupps lustiger Menschen, die zu den Sitten der großen Karnevalsgesellschaften und zu den zahllosen Maskenbällen eiften. Am Sonntag bildete den Höhepunkt die große Karnevalparade auf dem Hindenburgwall, an der sich alle Karnevalvereine Düsseldorfs in ihren bunten Trachten beteiligten und die vom Prinzen Karneval und der Prinzessin Venetia von der Freitreppe der Kunsthalle aus abgenommen wurde. Ein wahres Volksfest entwickelte sich. Der Rosenmontag brachte einen riesigen Umzug von vier Stunden.

Der Faschingszug in München

München, 12. Febr. Der etwa vier Kilometer lange, große Faschingszug, der sich am Sonntag bei herrlichem Vorfrühlingswetter durch ein Spalier von Hunderttausenden von Münchenern und zahlreichen Fremden bewegte, war eine an die beste Münchener Faschingstradition der Vorkriegszeit erinnernde Glanzleistung. Die Organisation war musterhaft und die Stimmung der Zugteilnehmer und der Massen ausgezeichnet. Der Zug selbst bot ein märchenhaftes Bild. Es kam ein Zug zustande, zu dem sich unter besonderer Hervorhebung der Künstlerorganisationen, des Kunsthandwerks, der Reichswehr und der Landespolizei, der Innungen, der Studentenschaft, der Brauereien, der Theater, des Kampfbundes für deutsche Kultur, der Presse usw. alle beglückwünschten büßen, die an ihm mitgewirkt haben.

Letzte Nachrichten

Mandschurische Polizei vor sowjetrussischen Gebäuden

Moskau, 12. Febr. Nach einer Tag-Meldung aus Chardin wurden am 5. Februar vor dem Gebäude der Verwaltung der Transsibirischen Ostbahn, in dem sich Wohnungen von höheren Sowjetbeamten befinden, wie auch vor dem Gebäude des sowjetrussischen Generalkonsulates mandschurische Polizeiangebote konzentriert, die nach einiger Zeit wieder zurückgezogen wurden. Entsprechende Anfragen wurden dahin beantwortet, daß „Manöver ausgeführt wurden für den Fall der Notwendigkeit eines plötzlichen Schuges“.

Sitzung der Notenbankgouverneure in Basel

Basel, 12. Febr. An der Sitzung der Notenbankgouverneure am Sonntag nahmen für Deutschland Dr. Schacht und Reichsbankdirektor Bode teil. Erneut wurde auf die durch die Goldverschiebung von Land zu Land entstehenden Anzutraglichkeiten hingewiesen und betont, daß allein das Goldclearing, wie es die Leitung der BIZ seit geraumer Zeit vertritt, wirksame Abhilfe schaffen könne. Verschiedene Länder, wie z. B. die Vereinigten Staaten, haben bekanntlich bereits das gemünzte Gold aus dem Verkehr gezogen und zum größten Teil den Notenbanken oder staatlichen Ausgleichsfonds überwiesen. Durch das Ueberweisen von Goldbarren von einer Zentralbank zur anderen entziehen sich unerblickliche Verluste, die durch Einführung eines von Land zu Land geltenden Clearings vermieden werden könnten.

Rücktritt der tschechoslowakischen Regierung?

Prag, 12. Febr. Die tschechisch-nationaldemokratische Partei hat dem Ministerpräsidenten in einer Denkschrift die Gründe für ihre ablehnende Stellungnahme gegenüber den Wirtschaftsplänen der Regierungsmehrheit mitgeteilt. Am Montagabend fand ein Ministerrat statt. Es ist jedoch bereits entschieden, daß es bei der Durchführung der Pläne bleiben wird, die der Ministerpräsident am Samstag im Pläneamt verkündete. Der tschechisch-nationaldemokratische Handelsminister Ratoušek wird daraufhin zurück-

treten. Nach dem tschechisch-agrarischen „Becker“ ist aus diesem Anlaß wahrscheinlich mit einem Gesamtrücktritt der Regierung zu rechnen.

Württemberg

Begutachtung der Bad Cannstatter Mineralquellen

Stuttgart, 12. Febr. Um über den Wert der neuen Cannstatter Heilquelle und ihre Ausnutzung das Urteil eines ersten Sachverständigen zu hören, hatte dieser Tage die Stadtverwaltung Ingenieur Scherrer-Bad Ems zur Begutachtung eingeladen. Ingenieur Scherrer hat sich in einer von Oberbürgermeister Dr. Strölin geleiteten Besprechung auf eine Anzahl ihm vorgelegter Fragen eingehend geäußert. Er betonte dabei vor allem, daß die neuerbohrte, chlorcalciumhaltige sog. A-Quelle zu den wertvollsten ihrer Art zähle, die man überhaupt besitze und denen die Zukunft gehöre. Man habe in diesem Wasser ein ganz ausgezeichnetes Heilmittel, das mit bestem Erfolg bei einer Reihe von Krankheiten angewendet werden könne. Es sei notwendig, daß ärztliche und wissenschaftliche Forscher sich der Sache energisch annehmen. Jede Quelle habe ihre besonderen Eigenschaften und ihre Kräfte. Das von der Natur in diesem Heilwasser gebotene Salzgehalt wirkte ganz anders auf den menschlichen Körper als etwa künstlich hergestelltes Salz. In diesem Zusammenhang wies Ingenieur Scherrer auch darauf hin, daß heute ein großer Teil der Menschheit infolge unrichtiger Lebensweise ein angegriffenes Herz habe, für das kohlenwasserhaltige Bäder eine vorzügliche Heilmittel seien. Der Sachverständige wurde darüber informiert, daß zur Zeit im Stadtbad Cannstatt bereits Mineralbäder zu Versuchen mit der neuen Quelle eingerichtet werden. Unter Berücksichtigung aller Tatsachen empfahl Ingenieur Scherrer die Erstellung eines Kurmittelhauses, das so ausgestattet sein müsse, daß dem Gast alles zur Verfügung stehe, was der Arzt verordne. Auch die Herstellung von Bädern werde nicht zu umgehen sein, besonders für den Export. Weiterhin kam zur Erörterung die Frage der Zuleitung von Heilwasser zu dem neuen Cannstatter Krankenhaus. Solche Fernleitungen sind nach Ansicht des Sachverständigen mit der größten Vorsicht durchzuführen, weil die Pressung des Wassers seine Wirksamkeit unter Umständen beeinflussen könne. Auf Grund der Besprechung plant die Stadtverwaltung eine neuzeitliche Badeanlage zu schaffen.

Stuttgart, 12. Febr. (Bauausstellung Stuttgart.) Das Preisgericht über die Entwürfe für die Bauausstellung Stuttgart 1934 hat seine Entscheidung getroffen. Das Ergebnis der Prüfung ist: Preise: Dipl.-Ing. Roland Haller-Stuttgart zur Zeit Vörrath, 1. Preis; Reg.-Baumeister Karl Gonler und Eilshelm von Kossig-Stuttgart, 2. Preis; Prof. Wilhelm Tiedje-Stuttgart, 2. Preis; Dr.-Ing. Ernst Schwaberer-Feuerbach, 3. Preis; Dipl.-Ing. Werner Pilzeder-Stuttgart, 3. Preis.

Vortrag. Am Mittwoch, den 14. Februar, berichtet im Rahmen der Wintervorträge des Deutschen Auslands-Instituts Dr. C. R. Hennings, London-Freiburg, über eine Reise durch Kanada, von der er soeben zurückgekehrt ist, und bei der er Gelegenheit hatte, Vorträge über Deutschland zu halten und das kanadische Deutschtum und seine Zukunftsmöglichkeiten zu studieren.

Der Wirtschaftsminister in München. Am Freitag und Samstag, den 9. und 10. Februar d. J. weilte Wirtschaftsminister Prof. Dr. Lehniß in München, wo er an der Sitzung des Aktienrechtsausschusses in der Akademie für Deutsches Recht teilnahm.

Tödlicher Sturz. In einem Hause der Landhausstraße stürzte Samstag nacht ein 53 Jahre alter Mann die Kellertreppe hinab. Er trug einen schweren Schädelbruch davon, an dessen Folgen er am anderen Tag im Karl-Dieter-Krankenhaus starb.

Ludwigoburg, 12. Febr. (Motorrad fahrt in Fußgängergruppe.) In der Schornborfer Straße fuhr am Samstagabend ein in Dgweil angelegter Junglehrer von hier mit seinem Motorrad in eine Fußgängergruppe hinein, die teilweise den Gehweg und teilweise die Straße benützte. Dabei erlitt er selbst eine Gehirnerschütterung und Schürfwunden am Kopf, während ein 21 Jahre alter Buchdrucker von hier mit einer erheblichen Schnittwunde im Genick und Schürfwunden im Gesicht mit ihm ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert werden mußte. Ein zweiter angefahrener Fußgänger kam mit einer leichten Verletzung im Gesicht davon.

Ludwigoburg, 12. Febr. (Autounfall.) Auf der Straße Eglosheim-Beitighelm fuhr ein Mannbahwagen beim Ausweichen in den Straßengraben. Beim Versuch, den Wagen auf die Straße zurückzubringen, stürzte dieser auf die linke Seite um. Dabei wurden sämtliche Fensterscheiben und auch ein Teil der Karosserie und des Daches eingedrückt. Die Insassen, die auf dem Wege zu einer Vererdigung waren, kamen jedoch mit dem Schrecken davon, bis auf einen SA-Standartenführer aus Ehlingen, der mit einer Hüftquetschung ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert wurde.

Ehlingen, 12. Febr. (Eröffnung der Saarausstellung.) Am Sonntag wurde zusammen mit einer Saarlundgebung der Hitlerjugend die Saarausstellung im Alten Rathaus eröffnet.

Wurzach, 12. Febr. (Autounfall.) Am Samstag ereignete sich auf der Straße Unterschwarzach-Wurzach ein Autounfall, an dessen Folgen die 56 Jahre alte Ehefrau Gschwind nach etwa einer Stunde verstarb. Frau Gschwind und ihre Begleiterin, die gemeinsam einen Korb trugen, wollten noch vor dem Auto einer hiesigen Firma die Straße überqueren, wobei Frau Gschwind von dem im Halten begriffenen Auto erfasst und zu Boden geworfen wurde.

Wiberach, 12. Febr. (Wiedereröffnung.) Die durch Verfügung der Augenhauptstelle Ulm der Württ. Politischen Polizei vom 2. Februar 1934 verhängte Schußhaft gegen 8 hiesige Metzgermeister wurde aufgehoben. Des Weiteren durften die geschlossenen Metzgereibetriebe am Freitag wieder geöffnet sein. Das ordentliche strafrechtliche Verfahren nimmt seinen Fortgang.

Heilbronn, 12. Febr. (Gegen Alkoholik.) Das Arbeitsamt teilt mit: Aus dem vor einigen Tagen veröffentlichten Polizeibericht war zu entnehmen, daß vereinzelt Empfänger öffentlicher Unterstützungen die Unterstützungsbeiträge zum größten Teil in Alkohol umsetzen. Im nationalsozialistischen Staate wird nicht mehr geduldet, daß öffentliche Mittel auf diese Weise vergeudet werden. Die Familienangehörigen dieser Säuser geraten dadurch unverdientermaßen in größte wirtschaftliche Bedrängnis. In jedem Falle, der dem Arbeitsamt zur Kenntnis kommt, wird in Zukunft die Unterstützung nur noch zu einem Fünftel dem Unterstützungsempfänger ausbezahlt, während die restlichen vier Fünftel dessen Angehörige erhalten. Außerdem wird der Betreffende, abgesehen von der polizeilichen Bestrafung, vom Arbeitsamt in eine empfindliche Ordnungsstrafe genommen.



Jagdfeld 22. Februar. (Lebensmüde.) Hinter Bad Wimpfen wurde ein Mann in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Der Arzt stellte fest, daß der Betreffende Gift getrunken hatte, um auf diese Weise Selbstmord zu begehen. Er wurde erst ins Krankenhaus Wimpfen und von dort ins Heilbrunner Krankenhaus eingeliefert. Es handelt sich um den Schriftsteller P. Sch. aus Leipzig.

Rappach 22. Februar. (Kind verbrüht.) Am Donnerstag wurde das 12-jährige Söhnchen Hermann Erhard so schwer verbrüht, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Mutter hatte einen Topf kochendes Wasser auf den Boden gestellt und wollte etwas in der Küche holen. In diesem Augenblick kam das Kind dem Gefäß zu nahe und zog sich schwere Brandwunden zu.

Göppingen, 12. Febr. (Unfall.) Auf dem Güterbahnhof in Söthen ereignete sich am Samstag mittag ein schwerer Unglücksfall. Arbeiter eines Söthener Bauunternehmens waren damit beschäftigt, große eiserne Fensterrahmen auf ein Lastauto zu verladen, als beim Anfahren des Lastkraftwagens die Rahmen ins Rutschen kamen und einen noch auf dem Wagen befindlichen Arbeiter aus Ottendach unter sich begruben. Mit schweren Bein- und Rippenbrüchen und inneren Verletzungen mußte er ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert werden.

Göppingen, 12. Febr. (Der Tote auf den Schienen.) In der Nacht zum Sonntag bemerkte ein Lokomotivführer eines von Böttingen kommenden Güterzuges in der Nähe der Station Haurndau einen Körper auf den Schienen liegen. Durch Nachforschungen wurde festgestellt, daß es sich um den 26 Jahre alten Hausierer Hermann Bauer von Göppingen handelt, der sich in einem Anfall von Schwermut vom Zuge überfahren ließ.

Oberlochen 22. Febr. (Jagdverpachtung.) Für die Gemeinde- und Realgenossenschaftsjagd Oberlochen, die vor sechs Jahren um annähernd 3000 RM verpachtet war, wurde bei der am 3. Februar stattgehabten Versteigerung nur 300 RM erzielt.

Spachweiler 22. Februar. (Geschlossenener Bäckerbetrieb.) Das gegen den Tiefbauunternehmer Kolb verhängte dreitägige Verbot zur Herstellung von Brot in Spachweiler wurde auf weitere drei Wochen wegen ungenügender Broteverteilung verlängert. Der Ofen wurde durch das Landjägerkommando wegen dringenden Verdachts des Weiterdatens versiegelt.

Spaltingen, 12. Febr. (Rehabilitation.) Nachdem Stadtbaumeister Garimaier hier durch die Große Strafkammer des Landgerichts Reutlingen von den gegen ihn erhobenen Anklagen freigesprochen worden ist, hat die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperverwaltungsangelegenheiten festgestellt, daß kein Anlaß vorliegt, gegen Garimaier das Dienststrafverfahren einzuleiten. Gleichzeitig wurde die damals gegen Garimaier angeordnete vorläufige Dienstenthebung mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Ulm, 12. Febr. (Strafentwurf aufgefährt.) Die Polizeidirektion Ulm hat nach kurzen Ermittlungen bereits alle an dem Strafentwurf am Freitagabend beteiligten Täter verhaftet. Bekanntlich war vor dem Hauptgeschäft der Filiale Galkmaier eine Filialeleiterin von einigen jungen Burtschen angefallen und der Affentatze mit den Tageseinnahmen beraubt worden. Der Täter ist der 16-jährige Willy Dehner, wohnhaft in Ulm. Außer dem Haupttäter waren dessen beide Brüder Karl Dehner, 20 Jahre alt, und als Helfer Josef Dehner beteiligt. Als Anstifter kommt Georg Seeger, geboren 1908 in Schweinfurt, verheiratet und wohnhaft in Ulm, in Frage. Der Haupttäter Willy Dehner war bereits aus Ulm verschwunden, konnte aber auf Grund der Verfolgung mit Hilfe des Polizeijunks in der Nacht zum Sonntag in Lörach nahe der Schweizer Grenze festgenommen werden. Der größte Teil des geraubten Geldes wurde bei den Tätern verteilt vorgefunden. Wie festgestellt wurde, hatten die Burtschen die Tat schon seit mehreren Wochen geplant.

Ulm, 12. Febr. (Amtsunterdrückung.) In den letzten Tagen erfolgte auf Antrag des Bürgermeisters durch Kriminalpolizeibeamte und einen Sachverständigen der Landesversicherungsanstalt Stuttgart eine Untersuchung gegen zwei Beamte der Ortsbehörde für Arbeiterversicherung in Ulm, einen Obersekretär und einen Verwaltungssekretär. Die Feststellungen führten zur Festnahme dieser Beamten wegen Amtsunterdrückung, Altersvernichtung u. a. Versicherungsnehmer wurden nicht geschädigt.

Ulm, 12. Febr. (Führertagung.) Am Samstag und Sonntag fand im großen Sitzungssaal des Rathauses die Tagung von 120 süddeutschen Hitlerjugendführern und nahezu 80 Führerinnen des Bundes deutscher Mädchen unter Anwesenheit von Vertretern der Reichsjugendführung mit Obergebietsführer Körber statt. Nachmittags veranstalteten die Ulmer Hitlerjugend und der Ulmer Bund deutscher Mädchen einen Propagandamarsch mit anschließender Kundgebung auf dem Marktplatz. Hier hielt Gebietsführer Wacha eine Ansprache.

Ulm, 12. Febr. (Die Bluttat von Holzheim.) Die furchtbare Bluttat in Holzheim bei Göppingen, bei der ein junger Arbeiter seinen Vater buchstäblich abhiebete, wird während der nächsten Sitzungsperiode des Schwurgerichts Ulm anfangs März zur Verhandlung stehen. Der Mörder war längere Zeit in Tübingen zur Beobachtung seines Geisteszustandes und wurde als zurechnungsfähig erkannt.

Abchied des Landeswaisenhauses

Ulm, 12. Febr. Der Umzug des Evangelischen Landeswaisenhauses nach Gmünd begann am Samstag mit der Abreise der Kinder, die für eine bis zwei Wochen in verschiedenen evangelischen Gemeinden an der Linie Ulm-Wangen-Schorndorf Gastfreundschaft genießen dürfen, bis das alte Waisenhaus geräumt und das neue in Gmünd eingerichtet sein wird. Bürgermeister und Kreisleiter haben den Abschiedsgruß der Stadt Ulm ausgesprochen. Schulrat Lunde dankte für alle Beweise der freundlichen Teilnahme, die dem Waisenhaus im Laufe seiner zehn Ulmanger Jahre und besonders jetzt beim Abschied zuteil geworden sind. In der nächsten Woche wird die Einrichtung des Waisenhauses in 66 Wagenladungen nach Gmünd verbracht.

Der württ. Justiz- und Innenminister Jonathan Schmid Bundesführer des Schwäbischen Sängerbundes

Ulm, 12. Febr. Die Stadt hatte zu Ehren der Tagung des Schwäbischen Sängerbundes ein Festlied angelegt. Aus allen Teilen des Landes trafen die Sängler in Ulm ein. Am Samstagabend fand durch die Stadt und durch die Gesangsvereine Liederkreis, Sängerbund Heilbrunn und Oratorienverein ein Begrüßungsabend in der Städtischen Turnhalle statt. Einem vollständig gehaltenen Vortrag folgten Männerchöre, Einzelleier und Vortragsvorträge durch die SA-Standartenkapelle 246. Bürgermeister Hornberger begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste im Namen der Stadt. Auch der Präsident des SSB, Ober-

Schwarzes Brett

NSDAP. Ortsgruppe Wildbad.

Dieserigen Parteigenossen, die an dem Gauparteitag als Zuschauer teilnehmen wollen, melden sich sofort auf der Geschäftsstelle. Es können sich auch Nicht-Parteimitglieder anmelden. Wer nach dem 13. sich meldet, kann nicht mehr berücksichtigt werden.

Fahrtpreis mit Sonderzug etwa 1.70 RM.

Der Zug fährt am Sonntag den 25. Februar früh und kommt Sonntagabend wieder zurück.

Bürgermeister Jägle ergriff das Wort, um der Einwohnerschaft für die freundliche Aufnahme zu danken. Die eigentliche Tagung des SSB fand am Samstag vormittag in der Turnhalle statt. Der Präsident des SSB, Oberbürgermeister Jägle-Heidenheim, eröffnete die Versammlung mit Begrüßungsworten. Nachdem er einen Überblick über die Tätigkeit des Bundes im abgelaufenen Jahre gegeben hatte, marschierte das Stauferbanner unter dem Gesang des deutschen Volksliedes in den Saal ein. Voran führte der Präsident aus, daß er nunmehr sein Amt in die Hände des Bundes zurücklegte und alle Ämter damit freierwürden. Er sehe sich zu diesem Schritt veranlaßt durch die Aufwärtsentwicklung des deutschen Volkes im letzten Jahre. Er habe 1919 unter schwersten Verhältnissen den Gedanken von „des Reiches Herrlichkeit“ im schwäbischen Sängerbund in der Viederhalle in Stuttgart gerettet. Er habe im deutschen Lied die Kraftquelle zum Wiederaufbau von Volk und Vaterland erkannt und aus diesem Gedanken heraus den SSB, immer geführt. Jetzt wolle er den wohlorganisierten und den der deutschen Festung nach gesunden SSB, in nationalsozialistische Hände legen, damit im Geiste Adolf Hitlers der SSB, als Kraftquelle der Nation zum Aufbau des Vaterlandes von berufenen und bewährten Kämpfern weitergeführt werde. Er freue sich, in dem württembergischen Innen- und Justizminister Dr. Schmidt einen berufenen Nachfolger gefunden zu haben. Ihm übergebe er freudig das Amt. Minister Dr. Schmidt übernahm jedoch das Amt, nicht ohne auf das rühmlichste der Verdienste seines Vorgängers zu gedenken. Es habe ihm und wohl allen Sängern einen Stich ins Herz gegeben, von einem so bewährten Führer zu hören, daß er einfach abtreten wolle und nichts anderes mehr sein wolle, als ein schlichter Sangesbruder. Die Verdienste Jäckles könnten von niemand überstritten werden. Daher habe die Führung des Bundes beschlossen, die zum Jäckles auch in Zukunft dem Bunde zu erhalten und ihn zum Ehrenbundesführer durch eine künstlerisch ausgeführte Urkunde zu ernennen. Von sich selbst sagte der neue Führer, daß er die Berufung in das Führeramts an sich nicht verdient habe. Daß er zufällig württ. Minister sei, spiele in dieser Angelegenheit keine Rolle. Die nationalsozialistische Bewegung habe mit der Rettung Deutschlands vor dem Kommunismus auch das deutsche Lied gerettet. Der neue Führer schloß seine warm empfundene und von hohem Idealismus getragene Rede mit den Worten: Ich werde tun, was ich tun kann, was in meiner Kraft steht, um dem Bunde zu dienen und ihn in eine schöne Zukunft zu führen. Des weiteren drückte die Versammlung die Ernennung der neuen Führer. Stellv. Bundesführer wurde Direktor Autentich-Cannstatt, Bundessekretär W. Nagel-Eglingen, Bundesgeschäftsmesser Oberrechnungsrat W. Roth-Stuttgart. Im Beirat sind Oberstudienrat Blankenhorn-Eglingen, Fabrikdirektor Frey-Ulm, Fabrikant Riehm-Trossingen und Hauptlehrer Rauschnabel-Schnait. Im Aufsichtsrat sind Vorsitzender W. Nagel-Eglingen, Hermann-Neutlingen, Arnold-Ludwigsburg, Baur-Gmünd, Ganzer-Stuttgart, Chormeister Riehm-Stuttgart und Zipperer-Heilbronn. Stellvertreter ist Oberrechner Beiler-Stuttgart. Außerdem wurden die 18 Kreisführer berufen. Den Abschluß der Tagung bildete ein herzliches Dankeswort vom Ehrengastführer an alle Mitarbeiter. Dem Schwäbischen Liedertag Heilbronn 1934 widmete die Tagung besondere Aufmerksamkeit. Es wird das größte Sängerfest werden, das Württemberg bisher gesehen hat. Als Ort der nächsten Jahrestagung wurde Geislingen a. St. bestimmt.

Wetter für Mittwoch

Der Hochdruck, dessen Kern sich über Großbritannien und Frankreich befindet, erweitert sich als recht widerstandsfähig. Für Mittwoch ist infolge ozeanischer Luftströmungen zwar zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes, wenig kaltes Wetter zu erwarten.

Einzug der IV. Rate Vermögenssteuer pro 1933

sowie der kath. Kirchensteuer am Mittwoch und Donnerstag, den 14. und 15. Februar 1934, je zu den üblichen Geschäftszeiten im Rathaus, Zimmer Nr. 4. Bürgermeisteramt.

Erstaunliche Erfolge erzielt man mit

Apoth. Link's K. O. Frühlücks-Kräutertee reinigt den ganzen Organismus, hält Krankheiten fern, erzeugt eine gesunde, reine, glatte und geschmeidige Haut, entfernt Schönheitsfehler, macht geschmeidig und lebensfroher, beseitigt Angstgefühl und Herzbelemmung, erhält den Körper schlank und macht jünger. Best.-Nr. 15. Paket Mk. —,90, Dopp.-Pack. 1.70, Kurpackung Mk. 9.—

Apoth. Link's K. O. Brust- und Lungen-Kräutertee bringt erstaunliche Erfolge gegen Bronchialkatarrh, Asthma, Husten, Lungenverschleimung, Heiserkeit und Erkältungen jeder Art. Vorbeugungs- und Heilmittel gegen Grippe. Best.-Nr. 14. Paket Mk. 1.—, Dopp.-Pack. Mk. 1.95, Kurpackung Mk. 10.50.

Apoth. Link's K. O. Gicht- und Rheumatismus-Kräutertee, gegen Ischias, Hexenschuß, Gicht, Arterienverkalkung, Rheumatismus, Glieder- und Gelenkschmerzen, Händeweis usw., heilt in Verbindung mit Apoth. Link's K. O. Kräuter-Gelst, auch alle hartnäckigen Leiden. Bestell.-Nr. 10. Paket Mk. 1.—, Dopp.-Pack. Mk. 1.95, Kurpack. Mk. 10.50.

Apoth. Link's K. O. Kräuter-Geist bringt 50- Vor Gebrauch Nach Gebrauch fort Erleichterung und in Verbindung mit K. O. Gicht- und Rheumatismus-Kräutertee heilt er schnellstens Rheumatismus, Gicht, Ischias, Glieder- und Gelenkschmerzen, Händeweis usw. Flasche Mk. 1.25 und Mk. 2.50. Best.-Nr. 9. Täglich viele Dankschreiben und Nachbestellungen beweisen die Güte dieser Präparate.

Zu haben in der **Stadt-Apotheke, Wildbad**, wenn nicht vorrätig, direkt durch Apoth. Link's Versand, Pforzheim, Postfach 219, Depot für die Schweiz: Ringapotheke, Altstätten bei St. Gallen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Paul-Boncour bleibt Führer der Völkerverbändeabordnung. Außenminister Barthou erklärte vor Pressevertretern, der frühere Außenminister Paul-Boncour bleibe auch weiterhin der Führer der französischen Abordnung für den Völkerverbund.

Ein neuer Präsident in Columbia. Bei der Präsidentenwahl wurde der Kandidat der Liberalen Partei, Alfonso Lopez, gewählt.

Ergebnis der Reichshandwerkerwoche. Der Reinertrag aus dem Verkauf der Werbeabzeichen, die während der Deutschen Handwerks-Werbewoche vom 15. bis 22. Oktober 1933 vertrieben worden sind, ist je zur Hälfte für das Winterhilfswerk und den Fonds für arbeitsunfähige Meister und Gesellen bestimmt. Es dürfte interessieren, daß die nunmehr fertigestellte Abrechnung einen Reinertrag von rund 300 000 RM. ausweist.

Der Pressechef der Usa, Heinrich Pfeiffer, ist am Sonntag im Kreise seiner Freunde und Mitarbeiter im 55. Lebensjahr von einem Herzschlag ereilt worden. Pfeiffer, der einer alten heilsichen Weinbauernfamilie entstammt, ist vom Journalismus her zum Film gekommen.

40 Tote bei der Explosion eines chinesischen Munitionslagers. Bei Tschungtscha explodierte ein größeres chinesisches Munitionslager. Von der Mannschaft sollen 40 Soldaten getötet worden sein. Es handelt sich um einen kommunistischen Anschlag.

Die Bergung der Toten von Ortiporio. Bei den Aufräumarbeiten in Ortiporio (Korsika), wo vor kurzem eine Schneelawine mehrere Häuser mit ihren Einwohnern verschüttete, sind 30 Leichen geborgen worden. Man rechnet aber damit, daß sich noch weitere Opfer unter den Trümmern befinden.

Drei Kinder aus dem dritten Stock gestürzt. Am Sonntag ereignete sich in einem Hause in Köln-Süd ein schreckliches Unglück. Drei Kinder einer im dritten Stock wohnenden Familie traten auf das Blumenbrett eines Fensters. Das Brett brach ab und alle drei Kinder stürzten in die Tiefe. Ein Junge von 6 Jahren blieb tot liegen, seine beiden Geschwister wurden schwer verletzt.

Großfeuer in Bad Doberan. Das einzige Doberaner Industrieunternehmen, die Chemische Fabrik, ist in der Nacht zum Montag ein Raub der Flammen geworden. Stehen geblieben sind lediglich ein Maschinengebäude und ein Wohnhaus. Die Rotoder Feuerwehr mußte zur Hilfeleistung nach Doberan herbeigeholt werden. Die Löscharbeiten wurden dadurch erschwert, daß das Feuer auf die riesigen Tabakballen, die in dieser chemischen Fabrik verarbeitet wurden, übergriff und riesigen Qualm entwickelte.

Bischof Dr. Bares beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing am Samstag den neuernannten Bischof von Berlin, Dr. Bares.

Bibelforscher auch in Preußen verboten. Der preussische Innenminister hat die Internationale Bibelforschervereinigung einschließlich ihrer sämtlichen Organisationen im Gebiete des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten, weil sie unter dem Deckmantel angeblich wissenschaftlicher Bibelforschung eine unverkennbare Heise gegen die staatlichen und kirchlichen Einrichtungen betrieben hat.

Deutscher Militärattache für Japan. Mit dem 1. April d. J. wird auch für Japan ein deutscher Militärattache ernannt werden. Für diese Stellung ist Oberstleutnant Ott in Aussicht genommen, der im vergangenen Jahre bereits mehrere Monate zur Kaiserlich-japanischen Armee kommandiert war.

Zum Ehrenführer der SA. ernannt. Herzog Karl Eduard von Koburg ist zum Ehrenführer der SA im Range eines Gruppenführers, zugeleitet dem Stabe der Gruppe Thüringen, ernannt worden.

Die Großhandelspreise für den 7. Februar. Die Richtzahl der Großhandelspreise für den 7. Februar hat sich mit 96,4 gegenüber der Vormoche (96,3) wenig verändert. Die Richtzahlen der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 92,5 (minus 0,3), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 114,4 (plus 0,6 Prozent) und industrielle Fertigwaren 114,4 (plus 0,2 Prozent).

Serausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsvorlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Badblatt, Wildbad i. Schwarzwald (Süd. D. Bad) D. R. G. 1. 31. 796.

Heute frische **Qualitätsfische** eingetroffen:

Rabliou — Filets
Schellfisch
Rotzungen
W. Blumenthal
Telefon 264.

Die beste Winterhilfe
für Ihr Geschäft ist eine Anzeige im **Wildbader Tagblatt**

Visitkarten liefert in kürzester Frist die **Tabblatt-Geschäftsstelle**

Für Wshermittwoch

Direkt ab See:
Früher
Rabliou
im ganzen Pfd. **37** ¢
Rabliou-Filet, Merlans
Früchgewässerte
Stoßfische Pfd. **25** ¢
Bückinge Pfd. **35** ¢
Bollheringe Pfd. **45** ¢
Milchner Pfd. **39** ¢
Bismarckheringe
Kollmops
Geleeheringe
Qualität I 1 Liter-Dose **76** ¢
Qualität II 1 Liter-Dose **68** ¢
Ohjenmausalat Pfd. **35** ¢
Dose
Seringalat Pfd. **20** ¢
Fleischsalat Pfd. **25** ¢

... und 3% Rabatt
Pfannkuch